

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bremischen Bürgerschaft

Rede von Nelson Janßen in der Bremischen Bürgerschaft zur Wahl der Senator*innen. Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Abgeordnete,
sehr geehrte Gäste,

heute wählen wir einen neuen Senat und stehen damit am Anfang eines neuen politischen Bündnisses im Land Bremen. Erstmals wird es in Westdeutschland eine rot-grün-rote Regierung und damit eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei geben. Die neue rot-grün-rote Koalition ist keine Fortsetzung der alten Koalition unter Hinzunahme der LINKEN. Sie ist keine Regierung des „Weiter so“, darauf haben sich alle drei Parteien verständigt und mit dem vorgestern unterzeichneten Koalitionsvertrag die Leitplanken für die kommenden Jahre festgelegt. Wir stehen am Beginn von Veränderungen aber auch vor großen Herausforderungen für die nächsten vier Jahre. Unser erklärtes - gemeinsames - Ziel ist es Politik für die Menschen im Land Bremen zu machen und dabei soziale Gerechtigkeit, den Schutz unserer Umwelt und eine weltoffene Gesellschaft in den Mittelpunkt unserer Anstrengungen zu stellen.

Den Wählerinnen und Wählern war klar: Nach den Wahlen wird es eine neue Regierungskoalition geben. Das hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir zum ersten Mal seit 2003 nicht über ein weiteres Sinken der Wahlbeteiligung reden, sondern über einen deutlichen Anstieg um 14 Prozent. Einen Anstieg, der – und das ist das Wichtigste daran – in allen Stadtteilen ähnlich stark war, unabhängig von Einkommen, Arbeitslosigkeit und Migrationsanteil. Wenn diese Wahlen eins gezeigt haben, dann dass nichts Wählerinnen und Wähler so stark motiviert, wie der Eindruck, dass es tatsächlich etwas zu entscheiden gibt. Und eben dies ist eine große Herausforderung an die neue Regierung: Zu zeigen, dass sie einen Unterschied macht, und dass dieser Unterschied für die unterschiedlichsten Gruppen in der Bevölkerung fühlbar wird.

Aber auch bei aller Freude über eine erhöhte Wahlbeteiligung leben wir nach wie vor in einer demokratisch gespaltenen Gesellschaft, in der die Wahlbeteiligung in wohlhabenden Stadtteilen deutlich höher ist als in den Stadtteilen, in denen mehr Menschen in Armut leben.

Dieser Zustand ist alarmierend, denn er könnte politische Entscheidungsträger dazu verleiten insbesondere die Interessen jener Stadtteile zu vertreten, in denen Wahlen durch eine hohe Wahlbeteiligung stärker beeinflusst werden.

Daher bin ich ausgesprochen froh darüber, dass diese Koalition sich dieser grundfalschen Logik nicht beugt, sondern im Gegenteil ihre Politik darauf ausrichten wird die Schere zwischen arm und reich zu verringern und gezielt jene Stadtteile zu fördern, in denen sich schon viel zu viele Menschen enttäuscht von der Politik abgewendet haben. Diese Menschen zurück zu gewinnen muss erklärtes Ziel dieses Parlamentes und auch des künftigen Senates sein.

Unter Rot-Grün-Rot wird es Veränderungen geben und dafür hat die Koalition sich zentrale Projekte vorgenommen:

- Wir werden die Trendwende in der Wohnungspolitik anpacken und mehr Sozialwohnungen bauen.
- Wir werden mit dem Kohleausstieg ambitionierten Klimaschutz realisieren und mit der gezielten Förderung des ÖPNV und Radverkehrs eine sozial, ökologische Verkehrswende voranbringen.
- Wir werden gezielt Schulen und Kitas in benachteiligten Quartieren stärken und Schulneubauten realisieren.
- Wir werden unserer globalen Verantwortung gerecht und sichern ab, dass Menschen nach Bremen kommen können und hier dauerhafte Bleibeperspektiven erhalten.
- Wir werden der Kinderarmut über Engagement auf Bundesebene den Kampf ansagen und auch unsere Hausaufgaben in Bremen und Bremerhaven machen.
- Wir werden eine aktive Arbeitsmarkts- und Wirtschaftspolitik vorantreiben, die auf sozialversicherungspflichtige Jobs setzt und prekäre Verhältnisse zurückdrängt.
- Wir werden den Klinikverbund stärken und die gesundheitliche Versorgung in den Stadtteilen ausbauen.

Es gab noch nie einen Koalitionsvertrag für Bremen und Bremerhaven, in dem so viel von Klimaschutz die Rede war – aber es gab auch noch nie einen, in dem so oft das Wort „Obdachlose“, „Miete“ oder der Begriff „Seenotrettung“ vorkam. Diese verschiedenen Schwerpunkte sind Ausdruck eines neuen Verständnisses, das wir in den nächsten Jahren durch zentrale Projekte füllen werden.

Aber ich möchte Ihnen auch nichts vormachen. Wir wissen, dass diese Koalition ihre Arbeit unter schwierigen Rahmenbedingungen beginnt. Der kommende Haushalt wird der erste sein, für den Bremen die neuen haushaltswirksamen Sanierungshilfen einplanen kann. Das geschieht aber vor dem Hintergrund eines großen Sanierungsstaus, einer personellen Unterausstattung vieler Verwaltungsbereiche, und der bekannten Schlusslichtpositionen des Landes bei Armut, Arbeitslosigkeit, Mietbelastungsquote, Überschuldung von Haushalten, Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden, Schulleistungsvergleichen. Hinzu kommen große Unsicherheit in der weltwirtschaftlichen Entwicklung, die für einen Hafenstandort und Exportstandort gravierend sind. Hinzu kommt die Notwendigkeit eines Umbaus für Klimaneutralität, Digitalisierung und sozialen Zusammenhalt.

Es ist kein Geheimnis, dass wir als LINKE vor diesem Hintergrund die Schuldenbremse für falsch halten. Grundfalsch. Bis 2035 klimaneutral zu werden, und zwar bei Wahrung des sozialen Ausgleichs, das ist ohne massive Investitionen in die öffentliche Infrastruktur nicht zu schaffen. Es ist in der Politik noch nicht angekommen, dass wir vor der Notwendigkeit stehen, in sehr kurzer Zeit einen radikalen Umbau vorzunehmen. Das ist das, was Fridays for Future versucht, uns klarzumachen. Das ist es was uns Klimaforscherinnen und Forscher seit Jahren klar zu machen versuchen. Künftigen Generationen eine Welt zu hinterlassen, die um 3 oder 4 Grad wärmer ist, mit allen verheerenden Auswirkungen, die das hat: Das ist so ungefähr die größte Verletzung von Generationengerechtigkeit, die man sich vorstellen kann. Wir alle werden rückblickend vor allem daran gemessen werden, ob wir diese Herausforderung angenommen haben, oder ob wir davor versagt haben. Es ist auch wirtschaftlich völlig unsinnig, weiter an der Austeritätspolitik festhalten zu wollen. Der Zinssatz für 30jährige Bundesanleihen liegt bei NULL. Man kann als Staat Geld damit verdienen, dass man Kredite aufnimmt und dieses Geld beispielsweise in energetische Sanierung oder öffentlichen Wohnungsbau investiert.

Und es ist unverantwortlich, die Menschen den Umbrüchen des Arbeitsmarkts und der Produktion einfach zu überlassen – ohne mehr Investitionen in Bildung, Qualifikation, lebenslange Weiterbildung – weil man politisch nicht die Kraft hat, diese Umbrüche zu gestalten.

Zur Schuldenbremse gibt es unterschiedliche Auffassung in der Koalition. Deshalb sagt der Koalitionsvertrag weder: „Die Schuldenbremse ist toll“, noch: „Die Schuldenbremse ist eine Katastrophe“. Wir wissen aber auch, dass die Schuldenbremse sowohl im Land Bremen als auch auf Bundesebene fest verankert ist und ohne eine 2/3 Mehrheit nicht wieder gestrichen werden wird. Die Schuldenbremse ist nun mal Realität, die die neue Landesregierung annimmt. Das kann man machen, weil wir uns einig sind bei dem, was wir jetzt konkret zu entscheiden haben. Nämlich: Über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinaus gibt es in den kommenden vier Jahren keinen Spielraum für zusätzlichen Schuldenabbau, und: Der Schul- und Kita-Ausbau kann nicht aus dem Haushalt heraus angespart werden. Er wird wesentlich über die Beauftragung öffentlicher Unternehmen, wie GEWOBA und Brebau, erfolgen müssen. Anders geht es einfach nicht. Dass Kinder, die bereits da sind, in Schulen unterrichtet werden müssen und nicht im Freien, das ist keine ideologische Frage. Das ist eine blanke Notwendigkeit, der jede Landesregierung folgen muss und das werden wir als Aufgabe annehmen und lösen.

In dem vorliegenden Koalitionsvertrag nehmen wir gezielt verschiedene Personengruppen in den Fokus, die unserer besonderen Aufmerksamkeit bedürfen. Personengruppen, die es innerhalb der derzeitigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen schwer haben ohne staatliche bzw. gesellschaftliche Unterstützung.

Ich möchte Ihnen ohne den Anspruch auf Vollständigkeit einige Eckpunkte unserer Programmatik vorstellen, um zu verdeutlichen, dass es unser Anspruch ist die Lebensbedingungen für ganz verschiedene Personengruppen gezielt zu verbessern.

Im Land Bremen verzeichnen wir nach wie vor den letzten Platz bei der Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden. Zum allergrößten Teil handelt es sich dabei um Frauen, deren Interessen wir bei der Gestaltung von Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, sowie bei der Flexibilisierung von Betreuungszeiten Rechnung tragen werden. Um dem erheblichen „gender pay gap“ also dem Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen entgegen zu wirken, werden wir die Wirtschaftspolitik ergänzend auf Bereiche ausrichten, die nicht vor allem männerzentriert sind. Zudem ist die Aufwertung von Sozial- und Erziehungsberufen und Berufsbildern im Gesundheitssektor erklärtes Ziel der Koalition. Dies ist auch ein Beitrag zur Reduzierung von Altersarmut, die insbesondere bei Frauen in Bremen erschreckende Ausmaße angenommen hat. Wir prüfen die Möglichkeiten eines Parité Gesetzes und verbessern die finanzielle Ausstattung von Frauenprojekten.

Die Koalition wird sich verstärkt für die Rechte und Interessen von LGBTIQ*, also Lesben, Schwule, Bi-, trans*- und intersexuelle Menschen einsetzen und daher Beratungsstrukturen verbessern und ausweiten und für Schutz vor Diskriminierung und Gewalt sorgen. Dabei werden wir auch Schutzwohnungen für junge, queere Menschen schaffen und eine Koordination für den Bereich im Senat benennen.

Im Rahmen unserer globalen Verantwortung schafft Bremen ein Landesaufnahmeprogramme für Geflüchtete und verbessert das Beratungs- und Begleitungsangebot in Bremen. Wir werden vorhandene Ermessensspielräume ausschöpfen, um Aufenthaltstitel zu erteilen und werden keinen Verschärfungen im Asylrecht im Bundesrat zustimme. Wir stellen uns entschlossen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und wollen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiter für ein weltoffenes und tolerantes Bremen eintreten und stellen uns dem Rechtsruck entschlossen entgegen.

Auf dem Ausbildungsmarkt ist es unser Ziel mit Hilfe eines Ausbildungsfonds vermehrt Ausbildungsplätze zu schaffen. Parallel werden wir an einer Mindestausbildungsvergütung arbeiten, die zum Leben reicht und das Schulgeld in Ausbildungsberufen wie der Physiotherapeutenausbildung abschaffen.

Um im weiteren Arbeitsleben gute Bedingungen abzusichern werden wir den Landesmindestlohn in Zukunft jährlich anpassen und sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst beenden sowie Leiharbeit und Minijobs deutlich zurückdrängen.

Eine Personengruppe, die vermutlich selten in Debatten zu Senatswahlen genannt wird, möchte ich noch aufrufen: Obdachlose. Die Koalition hat sich darauf verständigt, die Verdrängung von Obdachlosen im Bereich des Bahnhofs aufzuhalten und im Gegenzug "einfach Wohnen" Konzepte voranzubringen und betreute Wohnformen auszubauen, sowie unabhängige Beratungsstellen zu finanzieren.

Eine Landesregierung darf sich nur dann sozial nennen, wenn es ihr gelingt für Personengruppen die Lebensbedingungen zu verbessern, die eben nicht am längeren Hebel sitzen. Die häufig auch nicht die stärkste Lobby haben. Unser gemeinsames, erklärtes Ziel ist es Bremen und Bremerhaven sozialer zu machen und daher Projekte wie eben skizziert voran zu bringen.

Die LINKE übernimmt in der neuen Landesregierung zwei Senatssitze. Sie verantwortet künftig die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Europa, sowie Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz. Ich freue mich, dass ich der erste LINKE in Bremen bin, der in der Bürgerschaft einen Personalvorschlag für den Senat vortragen kann.

Wir schlagen als Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt vor. Kristina Vogt war acht Jahre unsere Spitzenkandidatin und Fraktionsvorsitzende. Sie ist, denke ich, allen als eine authentische, engagierte aber auch streitbare Politikerin bekannt, die sich von Gegenwind nicht einschüchtern lässt, die aber vor allem nach pragmatischen Lösungen von Problemen sucht.

Kristina Vogt wird die erste Wirtschaftssenatorin Bremens – dieses Ressort ist tatsächlich bislang nur von Männern verantwortet worden. Ich finde, es ist ein überfälliger Schritt, das zu ändern. Es passt zu wesentlichen Akzenten, die der Koalitionsvertrag in der Wirtschaftspolitik setzt: Der Aufwertung von Wirtschaftsbereichen, in denen nicht überwiegend Männer tätig sind, wie der Ernährungswirtschaft, der Gesundheitswirtschaft oder der Kreativwirtschaft. Einer stärkeren Berücksichtigung von Frauengründungen und von frauengeführten Unternehmen, die sehr häufig kleine und mittlere Betriebe sind. Im Bereich Arbeitsmarkt stehen Projekte für Alleinerziehende auf der Agenda, sowie das ebenfalls zuvor genannt Ziel der Absenkung von prekärer Beschäftigung und das gezielte fördern von sozialversicherungspflichtigen Jobs.

Wir schlagen als Gesundheitssenatorin Claudia Bernhard vor. Claudia Bernhard hat der Bürgerschaft ebenfalls acht Jahre als Abgeordnete angehört. Sie war in der 18. Legislaturperiode Mitglied im parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Krankenhauskeime“, in der Gesundheitsdeputation und in der Besuchskommission für die Psychiatrie, und seit acht Jahren Vorsitzende des Gleichstellungsausschusses.

Die Zukunft des kommunalen Klinikverbunds weiter zu sichern, ist ein zentrales Ziel des Koalitionsvertrags. Dafür steht auch die Verdoppelung der Landeskrankenhausinvestitionen bis 2023 und die Zusicherung weiterer Unterstützung. Der Koalitionsvertrag lässt keinen Zweifel daran: Diese Koalition steht zu ihren kommunalen Krankenhäusern und deren Beschäftigten. Vereinbart ist auch die Stärkung der Gesundheitsversorgung in den Stadtteilen, mit dem Einstieg in Gesundheitszentren in den Quartieren. Und auch in der Arbeit mit Stadtteilen verfügt Claudia Bernhard aus ihrer Tätigkeit in der Projektförderung über gute Erfahrungen. Zur Fachkräfte Gewinnung, werden zudem die Ausbildungskapazitäten an den Pflegeschulen deutlich ausgebaut. Ich nehme an, Claudia hat in den letzten Wochen keinen Satz so häufig gehört wie: „Das ist natürlich eine schwierige Aufgabe“. Und ich glaube das stimmt, die Herausforderungen sind umfangreich. Diese Koalition hat allerdings konkrete Lösungsvorschläge und die werden wir auch umsetzen.

Ich wünsche euch beiden auch ganz persönlich viel Kraft für diese neuen Aufgaben und bin mir gleichzeitig sicher, dass sowohl Kristina Vogt als auch Claudia Bernhard für ihre neuen Aufgaben im Senat bestens vorbereitet sind und sie diese fachlich versiert und vor allem im Interesse der Menschen Bremen und Bremerhavens angehen werden.

Beide Ressorts der LINKEN werden gegenüber der letzten Legislatur einen veränderten Zuschnitt haben. Das ist Ergebnis der Neustrukturierung der Senatsressort, durch die Bildung eines neunten Ressorts. Es ist mir als Bremerhavener wichtig hier deutlich zu sagen, dass ich den Großteil der Kritik der letzten Wochen an der Bildung eines Ressorts bestehend aus den Bereichen Häfen und Wissenschaft überhaupt nicht nachvollziehen kann. Gerade aus Bremerhavener Sicht sind Häfen und Wissenschaft eine schlüssige Verbindung. Sie sind in Bremerhaven eng verbunden, etwa in Gestalt der Meeres- und Klimaforschung, die für Bremerhaven ein wichtiger Entwicklungszweig sind. Beide Sparten: die Hafenbranche und der Wissenschaftsstandort stellen zwei Pole der zukünftigen Entwicklung Bremerhavens da, die traditionelle und die neue Dynamik. Wer findet beide Bereiche hätten miteinander nichts zu tun, der ist nicht auf der Höhe der Zeit und versteht nicht die Potentiale für die gemeinsame Entwicklung insbesondere für Bremerhaven.

Diese Koalition ist kein interessanter Testballon. Wir bilden diese Koalition auch nicht als Test für Bundeskonstellationen. Wir bilden die neue Koalition, weil sie die richtige politische Konstellation für Bremen und Bremerhaven ist und weil wir eine deutliche Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hinter uns wissen.

Die neue Koalition bringt sozialen Zusammenhalt, wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit, ökologische Ziele und das Bekenntnis zu Weltoffenheit und globaler Solidarität zusammen. Sie geht zu einem Zeitpunkt an den Start, wo wir nicht nur mehr gestalten können als in den vergangenen Jahren, sondern auch gestalten müssen. Dafür haben wir den Koalitionsvertrag erarbeitet und vorgelegt. Dafür wählen wir heute den neuen Senat. Damit schlagen wir heute ein neues Kapitel auf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.